

Etikett "Neue Rechte" – Abgrenzung oder Ausgrenzung?

Eduard Meßmer, M.A.
Bühlertal, Mai 2019
info@solidarnosch.de
www.solidarnosch.de

a u f R E C H T
F R E I d e n k e n
mit
solidarnosch.de

Inhalt

Etikett "Neue Rechte" –	1
Abgrenzung oder Ausgrenzung?	1
Einleitung	2
Etikettierungen	4
Wer hat das Recht, die öffentliche Meinung beeinflussen?	5
Wo ist Mitte, Rechts oder Links?	6
Verschwörung – Theorie oder Praxis?	10
Fazit	11

Einleitung

Jahrzehntelang steckte die sogenannte "Neue Rechte" in Deutschland fast unbemerkt in der Nische, doch mittlerweile sind ihre führenden Köpfe allgemein bekannt. Allen voran Götz Kubitschek, Autor, Verleger, rechter Vordenker und enger Vertrauter des Thüringer AFD, Landeschefs Björn Höcke, oder Martin Sellner, Vorsitzender der "Identitären Bewegung". Dabei ist die Neue Rechte keine Partei und keine einheitliche Bewegung. Es dürfte sich dabei um ein Netzwerk aus intellektuellen Vordenkern, Denkfabriken, Diskussionszirkeln, Fachzeitschriften und Kleinverlagen handeln.

Der mediale Diskurs bezüglich anderer Meinungen jenseits der vermuteten Mitte spiegelt die allgemeine Unsicherheit mit einer Einordnung und Bewertung von politischen Aktivitäten, insbesondere dann, wenn Meinungen eine andere Denkweise repräsentieren.

Sind an sich unpolitische, jedoch besorgte und damit regierungskritische Bürger, dann nun pauschal als "rechts" einzustufen? Sind es die vor Jahrzehnten noch klaren Grenzziehungen zwischen Links und Rechts, zwischen progressiv und konservativ, liberal und autoritär heute noch anwendbar?

Die Unterscheidung in rechte und linke Politik geht auf die zufällig gewählte Sitzordnung in der französischen Nationalversammlung nach 1789 zurück. Heute wählen Menschen konservative Parteien, die grundsätzlich dem rechten Spektrum zugeordnet werden und konservative Parteien wie die CDU vertreten eine Politik, die auch der SPD zuzutrauen ist.

In freiheitlichen Demokratien brauchen wir auf jeden Fall das Nebeneinander verschiedener und das heißt auch gegensätzlicher Meinungen und Einstellungen. In der Folge drängt sich ein ganzer Kanon an weiteren Fragen auf. Wann sind Meinungen oder Einstellungen noch von unserer politischen Verfassung gedeckt und ab wann nicht mehr? Wo hört freie Meinungsäußerung auf und wo beginnt in diesem Kontext „radikal“ oder "extrem"? Sind es nur

Gruppierungen der sogenannten "Neuen Rechten" alleine, welche Demokratie, unsere Grundwerte oder die zur Zeit herrschende soziale, ökonomische und politische Ordnung gefährden und noch ganz Andere und andere Gegebenheiten oder Mechanismen?

Ist der Begriff "rechts" heute überhaupt noch zielführend? Der österreichische Dichter Ernst Jandl († 9. Juni 2000), bekannt durch seine experimentelle Lyrik, hat sich bereits im Jahre 1966 in seinem Gedicht "Lichtung" über die unklare Begriffslage "rechts und links" lustig gemacht: "Rechts und Links unverwechselbar? - Werch ein Illtum!"



Der akademische Diskurs hierzu ist keineswegs neu. Was heute vor allem Verwirrung stiftet, ist, dass es in der Gesellschaft verschiedene Konfliktlinien und davon immer mehr gibt, nicht nur ökonomische, sondern auch kulturelle und moralische. Die Anwendung von Begriffen für eine Einordnung in ein politisches Spektrum erfordert eine permanente Rezeption, hart entlang der politischen Konfliktlinien. Es besteht heute ein großer Bedarf an anderen Kategorien als "Rechts oder Links", einfach um die Konfliktlinien einer pluralistischen Gesellschaften besser verstehen zu können.

Wir brauchen danach neue Begriffe, um das politische Spektrum zu beschreiben. Solange über Begriffe keine Einigkeit herrscht, gibt es keine Ordnung. Das sagte einst der chinesische Gelehrte Konfuzius.

Die Diffusion der Gegenwart gleicht im Dickicht der politischen Spektren einem kognitiven gordischen Knoten über alle Politikfelder hinweg, in dem es scheinbar keine Wahrheiten mehr gibt, aber auch keine "alternativen Fakten".

Es wird uns auch zwischen Links und Rechts nichts anderes übrig bleiben, den Raum für alle zu öffnen, in dem jeder seine Geschichte erzählen kann. Erst dann lernen wir, nicht etwa zur Wahrheit zu gelangen, sondern wir lernen, die unterschiedlichsten Geschichten zu verstehen.

Etikettierungen

Was mich in diesem Zusammenhang grundsätzlich stört, ist die einseitige, vorschnelle und pauschale Etikettierung von bestimmten Haltungen und Einstellungen, nur weil einem selber diese andere Meinung nicht passt. Klassische Beispiele dafür liefert die Verwendung von politischen Kampfbegriffen und Totschlagargumenten, wie bspw. der inhaltsleere Begriff "Populismus" oder der schnelle Fingerzeig, meist in Richtung einer rechten Ecke. Im politischen Diskurs hat sich die ständige Vermengung von Dingen etabliert, die besser differenziert behandelt werden sollten, bspw. bei Begriffspaaren wie

Migration/Einwanderung <> Asyl,
 Grenzsicherung <> Abschottung,
 Okkultismus <> Esoterik,
 Protektionismus <> Nationales Interesse,
 bloße Ablehnung/kritische Äußerungen <> Feindlichkeit,
 Institutionenkritik an der EU <> Europagegnerschaft,
 Nationalismus <> Patriotismus / Heimatliebe,
 etc.

Wer oder was könnte eine ubiquitäre Verstrahlung mit HF-EMF auf der Erde von 3-6G, TETRA, DECTund aus dem Weltraumetc. plausibel machen, wenn wir Regierungen glauben, dass sie die eigene Bevölkerung schützen? In einer ähnlichen drastischen Form äußerte sich der katholische Papst im Jahre 2013 in einer, was auf nichts anderes, als eine Verschwörung hindeutet, auch wenn er dabei andere Worte verwendet hat, kurz und knapp: „Diese Wirtschaft tötet“ und genauso weiter. Um auf diese Schlussfolgerung zu kommen, brauchen wir keine sogenannten Verschwörungstheorien bemühen. Wie auch im Falle der Verwendung von Begriffen wie "Öko- oder Genozid" geht es jedoch um eine nicht mehr ganz auszuschließende Schlussfolgerungen oder um eine im wörtlichen Sinne plakative Form der Meinungsäußerung, die offensichtlich aufrütteln will. Wenn nun hierbei die Mehrheit mitmacht, ohne solche existenzgefährdenden Provokationen zu hinterfragen, warum sich dann an Fragen von "Rechts und Links" festbeißen wollen?

In beiden Fällen kommt es, ob Verschwörung oder "Rechts und Links", allein auf die belastbaren Fakten an, mit der eine Feststellung begründet wird. Über diese wäre dann zu diskutieren.

Wieder eine andere Sache ist, ob Vereinsmitglieder oder ein Fachverband aus strategischen Gründen lieber auf die Verwendung bestimmter Begriffe oder Schlagworte verzichten, nur um –ohne jede Not– keine Angriffsfläche zu bieten.

Wer hat das Recht, die öffentliche Meinung beeinflussen?

Die Altmedien werfen den sogenannten "Neuen Rechten" vor, sich auf strategische Weise in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich ziehen zu wollen. Aber kann dies allen Ernstes einer politischen Gruppierung vorgeworfen werden? Wer Gehör finden möchte für die eigene Meinung und sei sie noch so irrig oder für die eigene politische Überzeugung –egal welcher Couleur–, ist geradezu gezwungen, auf die eigenen Absichten und Wünsche aufmerksam zu machen. Ohne eigene Strategie wird jede Gruppierung auf der Strecke bleiben. Aus der Natur der Sache muss deshalb zumindest der Versuch folgen, im Kleinen und letztlich vor allem im Großen gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen, am besten Diskurshoheit. Die Frage ist, mit welchen Mitteln das geschieht. So wie es im Grunde alle machen, nicht nur die sogenannte „Neue Rechte“ oder so wie es bspw. die Bundeskanzlerin macht, die mit Steuergeldern Experten in Anspruch nimmt, die sich bestens auf sogenanntes „Nudging“ verstehen. Dabei geht es mit Steuergeldern um nicht mehr als um die Anwendung von subtilen Manipulationstechniken. Solche werden bei den "Neuen Rechten" skandalisiert, ohne dass es im Gegensatz mit den Altparteien kaum vergleichbare Hinweise gibt. Die Finger der sogenannten politischen "Mitte" zeigen jedoch immer, quasi reflexartig, nur in eine Richtung, nach rechts. Bei den so bezeichneten "besonderen Strategien" der "Neuen Rechten" handelt sich um nichts anderes als die üblichen Methoden, um Diskurshoheit zu gewinnen. Die frühen Grünen haben sich den „Gang durch die Institutionen“ vorgenommen. Nun haben Sie es sogar zu Ministern

und Regierenden und zu einer Kanzlerkandidatin gebracht und als grüne Partei noch schwärzer wie die Schwarzen. Auch frage ich mich, weshalb niemand den real existierenden, neoliberalen und zugleich marktradikalen Konstitutionalismus als „liberalen Populismus“ erkennt, wo rauf und runter Wettbewerb und ungebremstes Wachstum „auf Teufel komm raus“ als alternativlose Wahrheit und Lösung aller Gerechtigkeitsfragen propagiert wird.

Wo ist Mitte, Rechts oder Links?

Der Begriff "Neue Rechte" bietet sich unzweifelhaft für eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus an, aber bestimmt nicht deshalb, weil die heutigen Rechten mit sogenannte Neonazis vorgeblich nichts zu tun haben wollen. Mit dieser Abgrenzung sind wir bereits ein Stück weiter. Doch was an den "Neuen Rechten" scheinbar neu ist, hat Wurzeln, die zurückreichen bis in die Weimarer Republik. Wer die Theorien, Ziele und Strategien der Neuen Rechten wirklich verstehen will, sollte einen Einblick haben in ihre Geschichte und vor allem ihre geistigen Väter kennen. Denn von der Weimarer Republik bis in unser modernes Internetzeitalter zeigt sich eine durchgängige ideologische Linie. Zu Vordenkern gehören Armin Mohler und seine "konservative Revolution", der Antiliberalismus von Carl Schmitt und vielleicht auch der Männlichkeitskult eines Ernst Jünger.

Die Delegierten der ersten europäischen Demokratie, verteilen sich 1789 in Paris als Nationalversammlung im Saal. Links sammelten sich die Revolutionäre, die für radikale Veränderung eintraten und rechts diejenigen, die bewahren wollen, was ist, die sogenannten "Reaktionäre". Seitdem wird das politische Spektrum von links nach rechts sortiert. Aber würde man heute die Seiten tauschen, wo das zu Bewahrende links ist, und die Revolutionäre von rechts kommen? Diese Story versuchen zumindest die heutigen Rechten zu erzählen: Ihr Feind ist das Linke, "rot-grün-versiffte" Establishment, "die Zecken", denen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes eine rechte Erneuerungsbewegung entgegentritt. Rebellion ist heute rechts, sagen die Rechten. „Wir sind die Sex Pistols unserer Generation“, so

drückt es zum Beispiel Markus Frohnmaier aus, ehemaliger Vorsitzender der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“. Heute sind es die Rechten, welche die Gesellschaft umkrepeln wollen, also im Grunde tradierte "linke" Projekte vorantreiben. Dabei nutzen sie mitunter linksradikale Vokabeln, die aus den 1970er Jahren geläufig sind. Daran ist nichts Konservatives, nichts Bewahrendes mehr, eher das Gegenteil. Ausgerufen wird "Widerstand" gegen eine heterogene Gesellschaft, die sich zu weit von ihren Wurzeln entfernt haben soll. Hauptthemen sind plakativ "Umvolkung" durch Migration.

Systemkritik kann dabei nicht ausbleiben. Dieser Austausch von Motiven ist nichts Neues. Auch die Nation war einst ein linkes Konzept, was heute den "Rechten" als größter Wert gilt. Deutschland soll wieder cool sein. Man darf wieder stolz auf seine Heimat sein.

Bei aller eigener Heterogenität eint die rechten Bewegungen in ganz Europa ein prinzipielles "Dagegen":

- ein Ethnien-Fetischismus (multikulturelle Gesellschaft)
- Kulturkampf: Ausgrenzung von Nicht-Zugehörigen des Volkes
- gegen die vermeintliche Auflösung der Familie

In anderer Hinsicht, sind die "Neuen Rechten" durchaus flexibel.

Das ist jedoch nicht der Hauptgrund, weshalb die sogenannten "Neuen Rechten" bei den Wählern auf starke Zustimmung stoßen. Die eine Frage ist, wer die einschlägigen Netzwerke finanziert, die andere Frage ist, ob etwa der übliche Fingerzeig auf "Die Rechten" in der gewünschten Weise überzeugen kann. Zeigen nicht etwa die restlichen Finger der zeigenden Hand auf diejenigen selbst zurück, die sich in der politischen Mitte für die Guten halten. Die Mischung aus Definitionshoheit, Wahrheitsanspruch, Alternativlosigkeit und intoleranten Tendenzen der sogenannten politischen Mitte (also diejenigen, die sich gern als die "Guten" und die wahren Demokraten darstellen) bildet der Resonanzboden nicht nur für „Neue Rechte“, sondern prinzipiell für die Ausbreitung extremer Weltanschauungen. Verantwortlich hierfür sind allein Politiker der sogenannten politischen Mitte, die immer noch dabei zusehen, wie das

gesellschaftliche System und der ganze Planet kollabiert, diese Entwicklung sogar noch befeuern. Gegen solche Machenschaften sind die sogenannten "Neuen Rechten" wahrlich nur kleine Lichter, die sich jedoch bestens eignen, um vom eigenen Versagen der "Guten" abzulenken.

Die "Neue Rechte" deckt realiter ein breites Spektrum von Themenfeldern ab, von Ethnopluralismus, Geschichtsrevisionismus, Leugnung des Holocaust, Okkultismus bis Esoterik, Einwanderung/Migration/Asyl, Eliten- bis zur allgemeinen und besonderen System- und Medienkritiketc.. Mir geht es jetzt darum, dass wir damit aufhören, dieses breite Feld von Themen häufig und beliebig in einem Topf zu rühren, sobald aus diesem breiten Spektrum auch nur ein Thema angesprochen wird. Eine andere Methode, Kritik zu verbiegen oder zu ersticken wird angewandt, bspw. Menschen einer Demonstration mit zehntausenden Teilnehmern in ihrer Gesamtheit als Nazis zu bezeichnen, nur weil dies auf eine verschwindende Minderheit in dieser Menschenmenge tatsächlich zutrifft oder wie es Bundeslandwirtschaftsministerin Glöckner im Januar 2019 bei der Demo anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin gemacht hat: „Die brauchen ja auch ihren Spaß“.

Klar wird die Sachlage erst dort, wenn sich Aktivitäten, von wem auch immer, offen und konkret gegen fundamentale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates richten und sich Akteure damit eindeutig als Gegner der Demokratie qualifizieren. Extremismus beginnt dort, wo der Mensch im Menschsein delegitimiert wird, wo Gewalt als Mittel der politischen Durchsetzung hoffähig wird. Schließlich verlangt Extremismus konkludentes Verhalten, in Wort oder Tat, wenn bspw. Brandsätze fliegen oder Menschen bedroht werden. Der Mann, der im Februar 2016 nach den Ausschreitungen im sächsischen Claußnitz im Fernsehen behauptete, brennende Flüchtlingsheime seien eine Form der "direkten Demokratie", der also Gewalt als legitimes Medium des vermeintlichen Volkswillens ansieht, ist demnach auch als besorgter Bürger eindeutig als rechtsradikal einzustufen. Erst an diesem Punkt ist eine Einordnung als „radikal“ oder „extrem“ gerechtfertigt. Radikale Kritik darf

keinesfalls gleichgesetzt werden mit einer rechtsextremen oder politisch radikalen Einstellung. Unsere Demokratie hält eine große Bandbreite unterschiedlichster, auch harter Meinungen aus.

Die Positionen bewegen sich zwischen Herkommen, Individualität, Gemeinschaft (als kleine vorgefundene Entität) und politischer Gesellschaft. Für die Querdenken-Bewegung als eine Art Querfront-Phänomen, abzuleiten auf sämtliche Rechts- und Linksphänomene, hat der Verfassungsschutz anscheinend jenseits der "Rechts- und Links"-Einordnung eine neue definatorische Einordnung gefunden, namentlich als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Es muss aber weiterhin möglich bleiben, den Staat als solchen zu kritisieren, zumal es seit je her in freiheitlichen Ordnungen Kritik am Staat letztlich eher zu seiner Stabilisierung beiträgt, indem grundsätzlich und das möglichst frühzeitig Korrekturen zugelassen sind. Selbst das linke Spektrum lebt von teilweise stark anarchischen Traditionen bis hin zu Abschaffungsprojekten ("Cancel-Culture"), die direkt auf den Staat zielen, auf was sonst?

Es ist deshalb schwer einzusehen, dass selbst von einer scharf staatskritischen Haltung der Verfassungsschutz eingeschaltet werden soll, was bei erkennbar extremistischen Tendenzen, dann durchaus angezeigt ist. Es ist wichtig, dass der Staat an den richtigen Stellen Kante zeigt, aber nicht bereits bei zugespitzter Staatskritik.

Eine pauschale oder vorschnelle Einordnung einer politischen Gruppierung als „Neue Rechte“ halte ich für problematisch, solange im gleichen Atemzug mit solchen Etikettierungen keine konkreten und belastbaren Aussagen verbunden sind. Wenn schon Etikettierung, dann aber nur verifizierbar. Dabei sollte im Einzelfall eine konkrete Aussage oder durch konkludentes Verhalten eine konkrete Gefahr für die Verfassung, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit sichtbar werden. Nicht jede Meinung, etwa solche, die aus der jeweiligen subjektiven Anschauung zu Recht oder zu Unrecht heraus als "abstrus" qualifiziert werden, sind nicht nur deshalb automatisch politisch als "radikal" oder "extrem" einzustufen. Hinzu kommt, dass viele Einzelthemen weder in eine

rechte, noch in eine linke Ecke passen, wenn zu einer Meinung über eine bestimmte Sache die ideologische Position fehlt. Dann zeigt sich gerade bei sogenannten „Neuen Rechten“, dass sich „Rechts und Links“ zunehmend diffus darstellt, aber nur, soweit Agitation noch auf dem Boden unserer Verfassung stattfindet. Innerhalb dieses Rahmens ergibt eine Etikettierung in Richtung einer "linken oder rechten Ecke" keinen Sinn.

Dann möchte ich hier darauf aufmerksam machen, dass wir aus der sogenannten politischen Mitte ganz klare Tendenzen haben, die ich persönlich noch viel gefährlicher einschätze, als die Aktivitäten der „Neuen Rechten“, was sich nicht deutlicher in "Corona-Zeiten" ablesen lässt. Die sogenannte politische Mitte, stark beeinflusst von partikularen Interessen, kann für sich verbuchen keine Diskurshoheit mehr erringen zu müssen, und diese Diskurshoheit wird mit Zähnen und Klauen verteidigt (vgl. Kramp-Karrenbauer mit der Forderung nach Zensur, bspw. von Beiträgen wie dem "Rezzo-Video" vor der Europawahl 2019).

Verschwörung – Theorie oder Praxis?

Die vermeintlich rechtslastige Feststellung einer tatsächlich stattfindenden Verschwörung wäre schon nach einer Analyse der zu befürchtenden Auswirkungen eines global und flächendeckend eingeführten Mobilfunks (Standards ab 5G) für sich alleine plausibel, vor allem wegen der absehbaren Auswirkungen, wie sie mit harten wissenschaftlichen Fakten unterlegt werden können.

Ähnliches gilt zutreffend auch bei vielen anderen problematischen Themenbereichen, wo teilweise der offene Bruch von positivem Recht bis hinein in das Verfassungsrecht kaum jemanden zu stören scheint und letztlich allein die politische und Diskurshoheit entscheidet, über Recht und Unrecht, Gut und Böse. Am Randbereich des Mobilfunks darf ich zusätzlich hinweisen auf die bereits real existierende umfassende, kommerzielle Überwachung (dazu gibt es ein Positionspapier des Vereins MEHR Demokratie e.V.) wie auch die weithin geduldeten Verstöße ausländischer Einrichtungen, der Big-Data- und Big-Tech-Industrien gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht, massenhafte

Körperverletzung durch hochfrequente elektromagnetische Felder als Dauerdelikt und aufgrund der Einstrahlung von außen Verstöße gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung. Seit einem Jahr nötigen die Corona-Verordnungen der Bundesländer zu strafbaren Handlungen, vor allem zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen. Zu beklagen ist eine kaum akzeptable Vielzahl von plötzlichen Sterbefällen, die einem engen zeitlich-kausalen Zusammenhang mit Corona-Impfungen aufweisen. Das alles bereits ohne einen flächendeckenden Ausbau mit dem Mobilfunkstandard 5G. Als weitere Beispiele wäre die geduldete Chemikalien- und Plastikvermüllung der Natur zu nennen, offene Privilegierung bestimmter Gruppen (bspw. Finanzbranche), organisierte, illegale Einwanderung, Abgasskandale, Privatisierung und Deregulierung staatlicher Aufgaben, ausgerechnet dort, wo es um die öffentliche Daseinsvorsorge, also um Grundbedürfnisse der Menschen geht. Reguliert und dadurch erst ermöglicht wird hingegen ein Vorgehen gegen rechtsstaatliche zustande gekommene Gesetzesakte, parallel zur ordentlichen Gerichtsbarkeit, die Einführung einer weltweiten privatisierten Sondergerichtsbarkeit für ausländische Investoren und regulatorische Ausschüsse, die auf exekutiver Ebene völkerrechtliche Abkommen ändern dürfen. Diese Ausschüsse sollen dafür sorgen, dass Gesetze, bspw. solche zum Schutz der Bevölkerung, wenn sie als Handelshemmnisse eingestuft werden können, erst gar nicht mehr in ein Gesetzgebungsverfahren gelangen. Zu fragen ist an dieser Stelle, wieviel Extremismus wir aus der politischen Mitte heraus noch aushalten sollen und wie die nächste Stufe eines solchen extremistischen Politik aussieht. Der starre Blick in linke oder rechten Ecken könnte vor lauter Bäumen den Blick in den Wald versperren.

Fazit

Die Plattitüde, dass "Rechts ist da, wo der Daumen links ist" hilft trotz des klaren Wortlautes nicht weiter. Dennoch brauchen wir Orientierung. Mangels anderer auf die Schnelle eindeutig greifbarer Kategorien, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als an diesen Begriffskategorien "Links oder Rechts" festzuhalten, aber besser immer mit einer gewissen Distanz.

Aber Links bedeutet noch lange nicht Linksextrem. Rechts bedeutet noch lange nicht rechtsextrem. Die Vorstellung, Rechts oder Links jeweils automatisch im Vorfeld des Extremismus einzuordnen, führt einen politischen Diskurs ins Leere.

Solange Indikatoren wie Wahrheits- oder Alleinvertretungsanspruch, Ablehnung pluralistisch-demokratischer Systeme, Freund-Feind-Denken, Ethos der rechtlichen Gleichheit aller Menschen, wie auch die in strafrechtlichen Tatbeständen kodifizierten politischen Straftaten konkret nicht zu beobachten sind, solange das Ziel nicht darin besteht, ein diktatorisches, die persönliche Freiheit aufhebendes Regime oder die Bedrohung durch ein derartiges Szenario zumindest in Kauf zu nehmen, kann aus dem Etikett „Rechtsradikal“ oder „Extremistisch“ schnell eine herabsetzende Zuschreibung und Ausgrenzung anderer Meinungen und anderer politischen Positionen werden, die mit den vermeintlich besten Absichten das demokratischen Meinungsspektrum und dem gesellschaftlichen Diskurs zu verhindern suchen.

Bei gesellschaftlicher Einübung vorschneller Herabsetzungen (Etiketten) und der Fortentwicklung dieser immer stärker werdenden Tendenzen einer sogenannten "Cancel Culture", besteht die Gefahr, dass das Plural der Demokratie ausgeblendet und Minderheitspositionen tendenziell mit illegitimen, politischen Zielsetzungen gleichgesetzt werden. Damit werden Tendenzen gestärkt, die ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abschaffen wollen.

Demokraten müssen andere Meinungen, Übertreibungen oder Satire hinnehmen und aushalten lernen, bis an die Grenze von der Diffamierung, Diskriminierung oder Diskreditierung anderer. Jeder hat ein Recht auf eine eigene Meinung, aber keiner das alleinige Recht, die eigene Wahrheit anderen überzustülpen, auch nicht diejenigen, die sich für die „Guten“ halten.

Eine Gruppe oder ein Verein kann dennoch für sich selbst bestimmen, was toleriert wird und was nicht. Dabei erscheint mir wichtig, einerseits jede Gelegenheit zu nutzen, um den Wert unserer

Grundwerte deutlich zu machen und dabei als tägliches Plebiszit das Prinzip der Toleranz gegenüber anderen Meinungen und politischen Auffassungen einzuüben.

Ich hoffe damit einen Beitrag zur Reduzierung von Unsicherheit mit einer Einordnung und zum Umgang mit den sogenannten „Neuen Rechten“ oder wer oder was allgemein dafür gehalten wird, geleistet zu haben.

Meine hier vertretene Meinung ist keinesfalls in Stein gemeißelt, womit ich sagen möchte, dass ich für Anregungen und andere Meinung offen bleibe.



Eine Meinung

A handwritten signature in black ink that reads 'Eduard Meßmer'.

Eduard Meßmer